



Polzeiverordnung der Gemeinde Hüntwangen

Gestützt auf Art. 74 des Gemeindegesetzes vom 06.06.1926 und Art. 10 Ziff. 1 der Gemeindeordnung vom 7. Dezember 2005 erlässt der Gemeinderat Hüntwangen folgende Polzeiverordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Diese Verordnung dient der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Gemeinde Hüntwangen.

Zweck

Sie ergänzt die Polzeigesetzgebung von Bund und Kanton.

Art. 2

Die gemeindepolizeilichen Aufgaben werden durch den Gemeinderat und die von ihm bezeichneten Organe ausgeübt.

Polzeiorgane

Die kriminalpolizeilichen Aufgaben sind der Kantonspolizei vorbehalten.

Art. 3

Beschwerden über Polzeiorgane der Gemeinde und deren Anordnungen sind schriftlich an den Gemeinderat zu richten.

Beschwerden

II. Einwohnerkontrolle

Art. 4

Wer sich in der Gemeinde niederlässt oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt, muss sich innert 8 Tagen bei der Einwohnerkontrolle anmelden.

Meldepflicht

Art. 5

Wer sich ohne eine Erwerbstätigkeit auszuüben bei Verwandten, Bekannten, in Hotels oder Pensionen aufhält, ist von der Meldepflicht befreit, sofern sein Aufenthalt nicht länger als drei Monate dauert. Nach dem Ablauf der dreimonatigen Frist gilt sinngemäss Art. 10.

Beschränkte Meldepflicht

Art. 6

Bei der Anmeldung muss ein Heimatschein abgegeben werden.
Eigene Heimatscheine benötigen ferner:

Ausweise

- a.) Kinder von Einwohnern, die nicht Gemeindebürger sind zu Beginn des Jahres, innert welchem sie 18 Jahre alt werden.
- b.) Unmündige Kinder geschiedener oder unverheirateter Eltern.
- c.) Unmündige Kinder einer Witwe, die sich wieder verheiratet.
- d.) Pflegekinder
- e.) Getrennt lebende Ehegatten

Ehepaare mit Kindern müssen das Familienbüchlein vorlegen.

Ausländer haben den Ausländerausweis und den Reisepass,
Militär- oder Zivilschutzpflichtige das Dienstbüchlein vorzuweisen.

Art. 7

Ausweisschriften, deren Gültigkeit beschränkt ist, müssen 14 Tage vor ihrem Ablauf verlängert oder erneuert werden.

Ausweisverlängerung
oder –erneuerung

Bei Namens- oder Zivilstandsänderungen müssen innert 30 Tagen neue Ausweisschriften bei der Einwohnerkontrolle hinterlegt werden.

Art. 8

Wer in der Gemeinde Logis nimmt, ohne seine auswärtige Niederlassung aufzugeben (z.B. Wochenaufenthalt, Nebenniederlassung, Aufenthalt in Heimen oder Anstalten), hat sich innert 8 Tagen bei der Einwohnerkontrolle anzumelden.

Aufenthalt

Als Ausweis ist ein befristeter Heimatausweis der Niederlassungsgemeinde zu hinterlegen.

Wochenaufenthalter haben regelmässig (wöchentlich) in ihre Niederlassungsgemeinde zurückzukehren.

Personen, die dauernd oder wiederkehrend als Aufenthalter gemeldet sind, kann eine Frist zum Nachweis angesetzt werden, dass ihre Niederlassung tatsächlich anderswo liegt. Kann der Nachweis nicht erbracht werden, gilt Hüntwangen als Niederlassungsort.

Art. 9

Vermieter und Logisgeber müssen jeden Ein- und Auszug in ihrem Hause der Einwohnerkontrolle innert 8 Tagen melden.
Ausgenommen sind die Fälle gemäss Art. 5.

Meldepflicht Dritter

Die Anmeldung durch Dritte befreit nicht von der persönlichen Meldepflicht.

Art. 10

Wer innerhalb der Gemeinde seinen Wohnort wechselt, muss dies der Einwohnerkontrolle innert 8 Tagen unter Vorlage des Schriftenempfangsscheines oder des Ausländerausweises und (gegebenenfalls) des Dienstbüchleins melden.

Wohnungswechsel in
der Gemeinde

Art. 11

Der Wegzug aus der Gemeinde oder die Aufgabe einer selbständigen Erwerbstätigkeit muss der Einwohnerkontrolle innert 8 Tagen gemeldet werden. Für die vorzulegenden Dokumente gilt analog Art. 10.

Abmeldung

Bei schriftlicher Abmeldung wird für die Zustellung der Ausweise eine Gebühr verlangt.

III. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Allgemeinen

Art. 12

Am Abend der Bundesfeier, am 1. August und beim Jahreswechsel ist das Abbrennen von Feuerwerk gestattet. Das Abbrennen von Feuerwerk an besonderen Veranstaltungen ist bewilligungspflichtig. 1)

Feuerwerk

Art. 13

Umzüge, Demonstrationen und Versammlungen auf öffentlichem Grund bedürfen einer Bewilligung durch den Gemeinderat. Das schriftliche Gesuch muss spätestens zwei Wochen vor der Veranstaltung eingereicht werden.

Umzüge,
Demonstrationen,
Versammlungen

Art. 14

Der Gemeinderat kann Veranstaltungen auf Privatgrund (im freien oder in Räumen) verbieten, wenn mit Bestimmtheit oder hoher Wahrscheinlichkeit eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erwarten ist. 2)

Verbot von
Veranstaltungen

Art. 15

Für die Festsetzung von Strassennamen sowie für das Anbringen von Strassentafeln und Hausnummern ist der Gemeinderat zuständig. 3)

Strassennamen,
Strassentafeln,
Hausnummern

1) Vgl. §§ 10 und 21 der VO über allgem. Brandschutz (GS 861.12)

2) Vgl. auch VO über die Zusammenarbeit der Kantons- und Gemeindepolizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (GS 551.15)

3) Vgl. dazu auch § 232 PGB (GS 700.1)

IV. Schutz öffentlicher Sachen und privaten Eigentums

Art. 16

Geld- und Naturalsammlungen auf Strassen und Plätzen sowie von Haus zu Haus bedürfen einer Bewilligung des Polizeivorstandes.

Sammlungen

Art. 17

Für Unberechtigte ist verboten:

- Fahren und Reiten auf Kulturland
- Betreten des Kulturlandes während der Vegetationszeit

Schutz der Kulturen

Art. 18

Grundstücke sind so zu unterhalten, dass keine Problempflanzen, insbesondere gebietsfremde Pflanzen (Neophyten) sich ausbreiten können.

Pflanzen

Art. 19

Die Verkehrssicherheit, die Strassenbeleuchtung sowie die Sicht auf Strassensignale, Strassentafeln und Hausnummern darf durch Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.

Pflanzen

Art. 20

Öffentliche Sachen dürfen nicht unbefugterweise, entgegen ihrer Zweckbestimmung oder über den Gemeingebrauch hinausgehend benützt werden. Die über den gemeinen Gebrauch hinausgehende Benützung des kommunalen öffentlichen Grundes bedarf einer Bewilligung der zuständigen Behörde.

Benützung öffentlicher Sachen

Art. 21

Wer den öffentlichen Grund (Strassen, Anlagen usw.) verunreinigt, hat sofort wieder den ordnungsgemässen Zustand herzustellen. 1)

Reinigung des öffentlichen Grundes

Art. 22

Es ist verboten, ohne Bewilligung des Polizeivorstandes auf öffentlichem Grund und an öffentlichen Sachen Anzeigen, Plakate oder Inschriften anzubringen. Ausgenommen davon sind die öffentlichen Anschlagbretter.

Unberechtigten ist es verboten, an privatem Eigentum Anzeigen, Plakate oder Inschriften anzubringen.

Anzeigen, Plakate, Inschriften

Art. 23

Das Absperren von Strassen, Fuss- und Gehwegen ohne Bewilligung der zuständigen Behörde ist verboten.

Sperren von Strassen

1) Art. 59 VRV (SR 741.11)

Art. 24

Fahrzeuge, Anhänger und dergleichen dürfen nur mit Bewilligung des Polizeivorstandes länger als 48 Stunden ununterbrochen auf öffentlichem Grund stehen gelassen werden. Signalisierte Parkzeitbeschränkungen bleiben vorbehalten. Für das regelmässige Parkieren von Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen und Plätzen kann der Gemeinderat eine separate Verordnung erlassen (Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren). 1)

Abstellen von
Fahrzeugen auf
öffentlichem Grund

Art. 25

Gefundene Sachen, welche dem Eigentümer nicht zurückgegeben werden können, sind der Gemeinderatskanzlei (Fundbüro) zu übergeben. 2), 3)

Fundbüro

V. Umweltschutzbestimmungen

Art. 26

Es ist verboten, durch eigenes Verhalten oder mittels Geräten, Maschinen, Vorrichtungen usw. gefährliche oder vermeidbare Immissionen aller Art, namentlich Lärm und Verunreinigungen der Luft, zu verursachen. Bezüglich des Ablagerns von Schutt, Schrott, Kehricht und Abfallstoffen jeglicher Art wird auf die Abfallverordnung der Gemeinde Hüntwangen verwiesen. 4) 5) Namentlich darf das Verbrennen von Gartenabfällen keinen störenden Rauch und Geruch erzeugen.

Grundsatz

Art. 27

Die Nachtruhe dauert von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Während dieser Zeit ist jeglicher die Ruhe oder den Schlaf störender Lärm verboten.

Tagesruhe, Nachtruhe

Während der gesetzlichen Sommerzeit dauert die Nachtruhe von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr.

Notstandsarbeiten sind ausgenommen. Sie sind jedoch der Polizei sofort zu melden. Andere Ausnahmen bedürfen einer vorgängig eingeholten Bewilligung.

Dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung ist an öffentlichen Ruhetagen durchgehend sowie an Werktagen in der Zeit von 12.00 – 13.00 Uhr besonders Rechnung zu tragen. 6)

Stark lärmige Haus- und Gartenarbeiten, wie Rasenmähen, Motorsägen und dergleichen, sind von 12.00 bis 13.00 Uhr und 20.00 bis 07.00 Uhr nicht gestattet.

1) Vgl. auch Art. 20 Abs. 2 VRV (SR 741.11)

2) ZGB, Art. 720 – 722 (SR 210)

3) StGB, Art. 141 (SR 311.0)

4) Umweltschutzgesetz (SR 814.01), Lärmschutz-Verordnung (SR 814.331)

5) Abfallgesetz (GS 712.1, Abfall-VO Gemeinde Hüntwangen)

6) Ruhetagsgesetz (GS 822.4)

Art. 28

Motorsportveranstaltungen und Trainingsfahrten auf öffentlichem und privatem Grund sind bewilligungspflichtig.

Motorsport,
Motorspielzeuge

Modellflugzeuge, -autos und -boote usw. müssen mit wirksamen Schalldämpfern ausgerüstet sein. Sie dürfen nur ausserhalb bewohnter Gebiete betrieben werden. Für regelmässigen Betrieb ist eine behördliche Bewilligung notwendig.

Art. 29

Geräte zum Verscheuchen von Tieren dürfen während der Nachtzeit nicht betrieben werden. Wohngebiete dürfen durch solche Anlagen nicht übermässig belästigt werden.

Geräte zum
Verscheuchen von
Tieren

VI. Wirtschaftspolizei

Art. 30

Gastwirtschaften sind von 24.00 – 06.00 Uhr geschlossen zu halten. Die Gäste haben das Lokal innert 30 Minuten zu verlassen.
1)

Schliessungszeiten

Art. 31

Die ordentliche Schliessungsstunde wird generell am Silvester und 1. August aufgehoben.
Für Anlässe und öffentliche Veranstaltungen kann der Sicherheitsvorstand die ordentliche Schliessungsstunde für die ganze Gemeinde oder einzelne Lokale aufheben oder aufschieben.

Freinacht

Art. 32

Einem Gastwirtschaftsbetrieb kann auf Gesuch hin, das mindestens sieben Tage vor dem Anlass dem Polizeivorstand einzureichen ist, für geschlossene Gesellschaften der Aufschub oder die Aufhebung der ordentlichen Schliessungsstunde bewilligt werden. 2)

Geschlossene
Gesellschaften

Art. 33

Für weitere Feste und öffentliche Veranstaltungen kann der Polizeivorstand die ordentliche Schliessungsstunde nach den Bedürfnissen der Gemeinde aufheben oder aufschieben.
Die Verlängerungsgebühren werden durch den Gemeinderat festgelegt.

Aufschub oder
Aufhebung der
ordentlichen
Schliessungsstunde

Verlängerungen nach Feuerwehrrübungen werden kostenlos erteilt.

1) § 8 VO GGG (GS 935.12)

2) § 16 GGG (935.11)

Art. 34

Keine Bewilligung für Freinächte oder den Aufschub der Schliessungsstunde werden für die Vorabende hoher Feiertage und diese Tage selbst erteilt.

Schliessungsstunde
an hohen Feiertagen

Art. 35

Wird durch einen Gastgewerbebetrieb oder andere Vergnügungsstätten die Nachtruhe gestört, so können die Polizeiorgane die Schliessung für die betreffende Nacht anordnen.

Schliessung von
Gastgewerbebetrieben
oder anderen
Vergnügungsstätten

VII. Polizeiliche Bewilligungen, Sanktionen und Massnahmen

Art. 36

Polizeibewilligungen dürfen nur verweigert werden, wenn einer bewilligungspflichtigen Tätigkeit polizeiliche Gründe entgegenstehen oder die Bewilligungserteilung im Ermessen der zuständigen Behörde steht.

Polizeibewilligungen

Polizeibewilligungen können an Bedingungen geknüpft und mit Auflagen versehen werden.

Für die Erteilung von Bewilligungen können Gebühren erhoben werden. 1)

Polizeibewilligungen sind zu entziehen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr gegeben sind oder wenn Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden.

Bewilligungsgesuche sind in der Regel schriftlich einzureichen und zu begründen.

Art. 37

Polizeiliche Massnahmen können nötigenfalls unter Anwendung von Verwaltungszwang (unmittelbarer Zwang, Ersatzvornahme) durchgesetzt werden.

Verwaltungszwang

Zur Verhinderung einer strafbaren Handlung oder zur Abwehr einer Gefahr ist die sofortige Anwendung von Verwaltungszwang zulässig.

Art. 38

Die Kosten für polizeiliche Massnahmen sowie für den Verwaltungszwang werden den Verantwortlichen auferlegt.

Kosten

1) VO über die Gebühren der Gemeindebehörden (GS 641)

Art. 39

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird vom Gemeinderat mit Polizeibusse bestraft. In leichten Fällen kann anstelle einer Busse ein Verweis erteilt werden. Im Anhang werden die Übertretungen aufgelistet, welche im Ordnungsbussenverfahren behandelt werden. Ebenso sind die Gründe für einen Ausschluss des Ordnungsbussenverfahrens aufgezählt. 1)

Strafen

Art. 40

Im Anhang I sind Übertretungen dieser Verordnung sowie weitere gemeinderechtlicher Verordnungen und Reglemente aufgelistet, welche im vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen geahndet werden können. Das anzuwendende Verfahren richtet sich nach der Strafprozessordnung. Der Gemeinderat bezeichnet die Übertretungen, bei denen das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung kommt und er bestimmt den Bussenbetrag. Die Bussenliste ist als Anhang I dieser Verordnung beigefügt, sie bildet einen integrierenden Bestandteil.

Gemeinderechtliche
Ordnungsbussen

Art. 41

Zur Erhebung der Ordnungsbussen sind die Polizeiorgane und die mit ähnlichen Funktionen betrauten, vom Gemeinderat bezeichneten Personen ermächtigt.

Erhebung
gemeinderechtlicher
Ordnungsbussen

Art. 42

Fehlbaren werden zudem eine Spruchgebühr sowie die Untersuchungs-, Ausfertigungs- und Zustellungskosten auferlegt.

Spruch- und
Schreibgebühr

Art. 43

Die Polizeiorgane sind ermächtigt, Depositen für Bussen und Kosten entgegenzunehmen. Die Festsetzung der Bussen und Kosten durch den Gemeinderat bleibt in jedem Falle vorbehalten.

Depositen für Bussen
und Kosten

Art. 44

Bestrafung und Anwendung von Verwaltungszwang sind nebeneinander zulässig.

Strafen und
Verwaltungszwang

1) Bussenhöchstansatz gemäss § 63a GG z.Z. Fr. 500.-- (GS 131.1)

VIII. Schlussbestimmungen

Art. 45

Diese Verordnung tritt nach der amtlichen Publikation und rechtskräftiger Erledigung allenfalls erhobener Rechtsmittel in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt hin wird die Polizeiverordnung vom 17. Oktober 1967 mit allen seitherigen Änderungen aufgehoben.

Rechtskraft

Hüntwangen, 1. Mai 2010

NAMEN DES GEMEINDERATES

Der Präsident: R. Dober

Der Schreiber: M. Frei

Gemeinderechtliche Ordnungsbussen
Bussenliste der Gemeinde Hüntwangen

1. Einwohnerkontrolle

- 1.1. Nichteinhalten der vorgeschriebenen Anmeldefrist beim Zuzug in die Gemeinde
- a) bis 20 Tage über die Frist Fr. 40.--
 - b) 21 bis 60 Tage über die Frist Fr. 70.--
 - c) mehr als 60 Tage über die Frist Fr. 100.--
- 1.2. Nichthinterlegen der Ausweise über die Heimat- und Zivilstandsverhältnisse bei Niederlassung und Aufenthalt Fr. 40.--
- 1.3. Nichterneuern der zeitlich beschränkten Ausweise oder Nichtändern des Namens oder Zivilstandes Fr. 40.--
- 1.4. Nichteinhalten der vorgeschriebenen Meldepflicht Dritter beim Ein- und Auszug in der Familie bzw. im Hause
- a) bis 20 Tage über die Frist Fr. 40.--
 - b) 21 bis 60 Tage über die Frist Fr. 70.--
 - c) mehr als 60 Tage über die Frist Fr. 100.--
- 1.5. Nichteinhalten der Meldefrist beim Umzug innerhalb der Gemeinde
- a) bis 20 Tage über die Frist Fr. 40.--
 - b) 21 bis 60 Tage über die Frist Fr. 70.--
 - c) mehr als 60 Tage über die Frist Fr. 100.--

2. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im allgemeinen

- 2.1. Abbrennen von Feuerwerk ohne Bewilligung des Gemeinderates Fr. 70.--

3. Schutz öffentlicher Sachen und privatem Eigentums

- 3.1. Verunreinigung des öffentlichen Grundes ohne sofortige Reinigung Fr. 70.--
- 3.2. Durchführung von Sammlungen aller Art von Haus zu Haus sowie auf öffentlichen Strassen und Plätzen ohne Bewilligung Fr. 70.--
- 3.3. Widerrechtliches Anbringen von Anzeigen, Plakaten, Inschriften auf öffentlichem Grund und an öffentlichen Sachen Fr. 70.--

- | | | |
|------|---|------------|
| 3.4. | Unberechtigtes Absperrren von Strassen und Wegen | Fr. 70.-- |
| 3.5. | Stehenlassen von Fahrzeugen, Anhängern und dergleichen ohne Bewilligung auf öffentlichem Grund während ununterbrochen mehr als 48 Stunden | Fr. 70.-- |
| 3.6. | Verunreinigung des öffentlichen Grundes mit Kleinabfällen: Flaschen, Dosen, Papier, Verpackungen, Essensreste etc. | Fr. 100.-- |

4. Umweltschutzbestimmungen

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4.1. | Ausführen von lärmigen Arbeiten während den Sperrzeiten von 12.00 bis 13.00 Uhr und von 22.00 bis 06.00 Uhr, sowie an den allgemeinen Sonn- und Feiertagen | Fr. 70.-- |
| 4.2. | Luftverunreinigungen gemäss Art. 26. | Fr. 70.-- |